



Unsere Schulen auf Leistungskurs bringen!

Inhalt

VORWORT	3
ZUSAMMENFASSUNG	4
I. VORSCHULERZIEHUNG UND ALLGEMEIN BILDENDE SCHULEN	7
1. NUTZUNG FRÜHKINDLICHER LERNPOTENTIALE	7
2. ERNEUERUNG DER GRUNDSCHULPÄDAGOGIK.....	7
3. KINDERGÄRTEN MÜSSEN SCHULREIFE SICHERN.....	7
4. FÖRDERUNG DER INTEGRATION VON MIGRANTEN	8
5. VERBESSERUNG DER DIAGNOSEFÄHIGKEIT UND STÄRKERE GEWICHTUNG DER SCHULLAUFBAHNEMPFEHLUNGEN	8
6. VERZAHNUNG VON GRUNDSCHULEN UND WEITERFÜHRENDEN SCHULEN.....	9
7. EINFÜHRUNG EINER SCHULABGÄNGERUMFRAGE	9
8. SCHULE UND ELTERN.....	9
9. EINFÜHRUNG VON REGELABITUR NACH ZWÖLF JAHREN, ZENTRALABITUR UND FÜNF-FÄCHER-ABITUR.....	9
10. HANDLUNGSKOMPETENZ STÄRKEN.....	10
11. NOTWENDIGKEIT VON FREMDSPRACHENKENNTNISSEN	11
12. VERMITTLUNG ÖKONOMISCHER BILDUNG	11
13. STÄRKUNG DES NATURWISSENSCHAFTLICHEN UNTERRICHTS	12
14. VERMITTLUNG VON INFORMATIONSTECHNISCHER GRUNDBILDUNG.....	13
15. REALSCHULE PLUS - NEUE STRUKTUR FÜR BESSERE ERGEBNISSE?	14
16. EINFÜHRUNG VON GANZTAGSUNTERRICHT IN DEN HAUPTSCHULEN	15
17. STÄRKUNG DER SELBSTÄNDIGKEIT DER SCHULEN	15
18. KOOPERATIVES ÜBERGANGSMANAGEMENT SCHULE-BERUF	16
II. BERUFSBILDENDE SCHULEN	17
1. VORRANG FÜR DIE DUALE AUSBILDUNG.....	17
2. GEMEINSAME VEREINBARUNG VON KAMMERN UND LANDESREGIERUNG ZUR UMSETZUNG DES BERUFSBILDUNGSREFORMGESETZES IN RHEINLAND- PFALZ	17
3. STÄRKUNG DER KUNDENORIENTIERUNG	18
III. LEHRERAUS- UND -FORTBILDUNG	19
1. METHODISCH-DIDAKTISCHE KOMPETENZ STÄRKEN	19
2. VERLÄSSLICHKEIT IN DER FORTBILDUNG.....	19
3. VERBESSERUNG VON FÜHRUNG UND MOTIVATION	20
IV. SELBSTVERWALTUNG DER SCHULEN	21
V. QUALITÄTSMANAGEMENT / QUALITÄTSSICHERUNG	23
AUSBLICK	24

VORWORT

Unsere Zukunft hängt von der Qualität und Effizienz unseres Bildungssystems ab. Ein Land ohne nennenswerte Bodenschätze, das für viele standardisierte Produkte oder Produktionen mit hohem Arbeitseinsatz als Standort zu teuer geworden ist, muss auf komplexe, hochwertige, innovative Waren und Dienstleistungen setzen, die ein hohes Maß an Kenntnissen, Erfahrungen, Präzision und Individualisierung der Konzepte und Lösungen erfordern. Einstimmig betonen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik die Bedeutung einer hervorragenden schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung. Die Zukunft unseres Landes wird sich in der Bildungspolitik entscheiden.

Grundlegende Bedeutung der Bildungspolitik immer wieder in den Vordergrund stellen

Das deutsche Schulsystem bringt zu viele Schulabgänger und Schulabbrecher hervor, die den Anforderungen einer beruflichen Ausbildung nicht gewachsen sind. Die eingeleiteten Schulreformen entfalten noch immer zu wenig spürbare Wirkungen. Die bisherigen Einzelmaßnahmen haben nur punktuell zu Leistungsverbesserungen geführt. Die Anforderungen der Arbeitswelt werden dagegen immer anspruchsvoller. Die Bildungssysteme müssen hiermit Schritt halten. Maßnahmen zur Verbesserung können von den Schulen nicht allein umgesetzt werden. So ist erklärtes Ziel von Bundesbildungsministerin Annette Schavan, "neue Bildungswege zu öffnen und Warteschleifen und Bildungssackgassen zu vermeiden, indem Bildungsinstitutionen besser kooperieren." Dies ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten.

Die rheinland-pfälzischen IHKs wollen die Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages unterstützen und Mitverantwortung tragen. Deshalb zeigen wir mit dieser Broschüre Positionen auf, die unsere Schulen in Rheinland-Pfalz, ihre Lehrer und die Schulleitungen stärken und nachweisbar voranbringen können.

Vorschläge für eine Verbesserung der Schulen in Rheinland-Pfalz

In diesem Sinne wird die IHK-Organisation auch das neue Schulstrukturkonzept „Realschule plus“ in der kommenden Zeit konstruktiv kritisch begleiten. Die im vorliegenden Papier benannten zentralen Ansatzpunkte für Verbesserungen bilden dabei unsere Richtschnur, um den Erfolg der neuen schulpolitischen Konzeption der Landesregierung zu bewerten.

Für die Arbeitsgemeinschaft der IHKs Rheinland-Pfalz



Peter Adrian
Präsident



Arne Rössel
Hauptgeschäftsführer

ZUSAMMENFASSUNG DER KERNPUNKTE UND WICHTIGSTEN FORDERUNGEN AUS SICHT DER WIRTSCHAFT

- Die Lernpotenziale von Kindern müssen früher als bisher erkannt und gefördert werden.
- Die Grundschule stellt bereits die Weichen für den Bildungserfolg von jungen Menschen. Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen und Sprechen sind ein Muss – Grundschule soll bereits „Lust auf Leistung“ wecken.
- Die Integration von Migranten ist aus demografischer und quantitativer Sicht eine Zukunftsaufgabe der deutschen Bildungspolitik.
- Lehrer müssen einen stärkeren Einfluss auf Schullaufbahnempfehlungen erhalten und hierfür ihre Diagnosefähigkeit verbessern. Die Empfehlungen sollten von einem klar definierten Kriterienkatalog abgeleitet sein.
- Eltern haben zentralen Anteil am schulischen Erfolg ihrer Kinder. Sie müssen stärker in die Verantwortung genommen werden und sich in institutionelle schulische Prozesse z. B. mit verpflichtenden Eltern-Lehrer-Gesprächen einbringen.
- Das Abitur sollte in Rheinland-Pfalz nach 12 Jahren ablegbar sein und sukzessive auf alle Schulen des Landes ausgeweitet werden. Die G8-Gymnasien in Ganztagsform schaffen eine Verbesserung der Ausgangs- und Wettbewerbssituation deutscher Abiturienten im internationalen Vergleich. Unabdingbar ist die Einführung eines landesweiten Zentralabiturs. Einen wirklichen Qualitätsstandard schafft aber erst ein bundesweites Zentralabitur mit gleichen Prüfungsfragen und gleichen Wertungsmaßstäben.
- Schule kann immer weniger im Frontalunterricht durchgeführt werden. Handlungskompetenz ist der zentrale und richtungsweisende Schlüsselbegriff für die moderne Schule. Hierzu sind handlungsorientierte, moderne Lehr- und Lernformen notwendig.
- Der frühe Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen und die kontinuierliche Weiterführung während der gesamten Schullaufbahn ist im Zeitalter der Globalisierung ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung. Die Förderung der interkulturellen Kompetenz durch eine Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts ist eine wichtige Aufgabe der Schule.
- Ökonomische Bildung, das Wissen um wirtschaftliche Ablä-

fe und die betrieblichen Funktionen in einer sozialen Marktwirtschaft sind Kernkompetenzen, die junge Menschen zur Bewältigung ihres Berufs(-lebens) aufweisen müssen. Ökonomische Bildung in der Schule muss intensiviert, stärker mit dem praktischen Wirtschaftsleben vernetzt und mittelfristig als eigenständiges Fach implementiert werden.

- Im Zuge des bereits bestehenden deutlichen Fachkräftemangels im naturwissenschaftlich-technischen Bereich muss der Unterricht in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern verbessert und die Motivation der Schülerinnen und Schüler für dieses Berufsfeld erhöht werden. Voraussetzung sind eine moderne Methodik und Didaktik sowie ein hohes Niveau an modernen Lehr- und Lernformen in den Schulen. Dies gilt auch für die Vermittlung von informationstechnischer Grundbildung in einer modernen Kommunikationsgesellschaft.
- Die mit der Einführung der „Realschule plus“ verbundenen Ziele werden nur erreicht werden, wenn eine wirkliche Verbesserung der individuellen Förderung jedes einzelnen Schülers entsprechend seiner Potentiale gelingt. Im Ergebnis wird sich die neue Schulform daran messen lassen müssen, ob sie es schafft, Schüler wirklich ausbildungsfähig und damit „fit für das (Berufs)-Leben“ zu machen.
- Damit Schule ihrem gesellschaftlichen Auftrag effizient und erfolgsorientiert nachkommen kann, muss sie mehr Selbstständigkeit erfahren. Die Schulen sollten durch die Übertragung von Verantwortlichkeiten in pädagogischen, personellen, organisatorischen und finanziellen Fragen gestärkt werden. Nur dies sichert die Qualität von Unterricht und Erziehung und eine Verantwortlichkeit von Lehrern und Schulleitern. Notwendig ist ein Schulleiter mit Managementqualitäten und weitreichenden Entscheidungskompetenzen, der mit einem Ziel- und Beurteilungssystem seiner Lehrkräfte für eine hohe Qualität seiner Schule sorgt.
- Der Übergang von der Schule in den Beruf muss verbessert werden. Klare berufliche Orientierung, frühere praktische Erfahrungen im Wirtschafts- und Berufsleben sollten durch stärkere Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft eine institutionelle Vernetzung erfahren.
- Die Teilzeit-Berufsschule und damit der Vorrang für die duale Ausbildung muss in den Berufsbildenden Schulen Priorität behalten. Die Organisation des Berufsschulunterrichts und die Kommunikation mit den Ausbildungsunternehmen müssen eine hohe Dienstleistungs- und Kundenorientierung erfahren.

- Lehrer sind der Schlüssel für den Lernerfolg der Schüler und für die Qualität der Schule. Die in der Reform der Lehreraus- und -fortbildung in Rheinland-Pfalz angelegten Strukturelemente wie die Stärkung der methodisch-didaktischen Kompetenz, eines früheren und stärkeren Praxisbezuges von Lehrern sowie die Pflicht zu regelmäßigen Fortbildungen müssen forciert werden.
- Zur „Selbstverantwortlichen Schule“ gehört der Wettbewerb zwischen einzelnen Schulen, eine leistungsorientierte Vergütung für Lehrer sowie eine stärkere Verantwortlichkeit bezüglich der finanziellen Ressourcen. Hierzu müssen Schulen ein verbindliches Prozess-Controlling einführen, sich auf bundesweite Qualitätsstandards einlassen und durch regelmäßige Evaluationen unter Einbeziehung von externen Fachleuten den Erfolg ihrer Schule messen und bewerten lassen. Unsere Schulen und Lehrer müssen genau so im Wettbewerb stehen wie unsere Kinder.
- Der bisher erreichte Stand der Reformen ist noch nicht zufrieden stellend. Die aktuellen PISA-Ergebnisse zeigen, dass noch ein gutes Stück des Weges zurückgelegt werden muss. In vielen Bereichen hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz jedoch positive Weichen gestellt, um „unsere Schulen auf Leistungskurs zu bringen“. Die Industrie- und Handelskammern des Landes Rheinland-Pfalz werden die Verbesserungsprozesse konstruktiv begleiten und nach besten Kräften unterstützen.

I. VORSCHULERZIEHUNG UND ALLGEMEIN BILDENDE SCHULEN

1. Nutzung frühkindlicher Lernpotentiale

In den ersten sechs Lebensjahren werden die Weichen für die spätere Entwicklung des Jugendlichen und Erwachsenen gestellt. Die Lernbereitschaft und Aufnahmefähigkeit von Kindern ist in dieser Altersstufe besonders hoch. Umso mehr begrüßen wir, dass sowohl die Vorschule und Kindergartenerziehung als auch die Grundschule bei den Reformüberlegungen einen größeren Stellenwert einnehmen.

Lernen beginnt lange bevor wir es als solches bezeichnen

2. Erneuerung der Grundschulpädagogik

In der Primarstufe ist die Vermittlung von soliden Grundkenntnissen – Lesen, Schreiben und Rechnen – noch deutlicher in den Vordergrund zu stellen. Natürlich dürfen spielerische Elemente nicht fehlen, aber es muss ein eindeutiges Bekenntnis zur Erreichung fest definierter inhaltlicher Unterrichtsziele und auch zu den Tugenden Leistung und Disziplin erfolgen. Vor diesem Hintergrund sind die Lehrpläne und Curricula der Primarstufe mit dem Ziel der Entschlackung auf den Prüfstand zu stellen – die weiterführenden Schulen müssen sich auf die Qualifikation ihrer Schulankömmlinge verlassen können.

Solide Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben, Sprechen und Rechnen müssen noch deutlicher in den Vordergrund gestellt werden

Die Lust auf Leistung muss bereits in den ersten (Vor)-Schuljahren im Mittelpunkt stehen, weil diese eine anhaltende Motivation durch Erfolgs- aber auch Misserfolgserlebnisse vermittelt und eine zentrale Bedeutung für den weiteren Ausbildungs- und Berufsweg einnimmt. Nicht zuletzt gilt es, schon bei den Kindern das Bewusstsein der Eigenverantwortung für die persönliche Bildung zu entwickeln.

Lust auf Leistung wecken

Hier ist die Verbesserung der Frühförderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten sowie Kindern aus Migrantenfamilien erforderlich. Das gesellschaftliche Ansehen der Erzieher/Erzieherinnen in den Kindergärten und Vorschulen sowie der Lehrer/Lehrerinnen insgesamt, aber besonders derjenigen, die in problembeladenen Stadtteilen und sozialen Brennpunkten arbeiten, muss steigen. Ohne ein soziales, regionales Umfeld aber, das sie (die Erzieher, Lehrer, Schüler und Eltern) trägt, können Schulen, kann Integration nicht gelingen.

Förderpläne beim Übergang Kindergarten/ Grundschule einführen

3. Kindergärten müssen Schulreife sichern

Lehrer sollten Kontakt halten zu den Kindergärten, aus denen ihre zukünftigen Schüler kommen.

Enge Kooperation von Grundschulen und Kindergärten

Die Lernfreude und Anstrengungsbereitschaft von Kindern ist ein natürliches Phänomen, das geweckt und gefördert werden muss. Individuelle Förderung muss deshalb bereits im Kindergarten ein-

setzen. Dafür sind frühpädagogische Lehr- und Lernkonzepte, z. B. für sprachliche und soziale Fähigkeiten, für die Motorik und die Freude an Bewegung und Sport, für musische und ästhetische Kreativität sowie für erste spielerische naturwissenschaftliche Erfahrungen, notwendig.

Jeder Kindergarten sollte daher über wissenschaftlich qualifizierte Erzieher und Erzieherinnen verfügen (mit Bachelorabschluss). Im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen müssen sie stärker als bisher Erziehungsverantwortung übernehmen.

Aufwertung des Berufes "Erzieher"

4. Förderung der Integration von Migranten

Die Integration von nicht oder nicht ausreichend deutschsprechenden Kindern in den Kindergärten und Schulen muss dringend verbessert werden. Mit dem Sprachförderprogramm zur flächendeckenden Sprachförderung und Schulvorbereitung ist das Land Rheinland-Pfalz auf dem richtigen Weg, wobei die rheinland-pfälzischen IHKs für die betroffenen Kinder die verpflichtende Teilnahme an Deutschkursen vor Schulbeginn fordern, da alle Kinder in einer Gruppe/Klasse unter den Sprachproblemen Einzelner leiden. Nützlich und sinnvoll wäre auch hier die Einbindung der Eltern. Dies würde nach einhelliger Meinung der Fachleute und nach unseren Erfahrungen in Schulveranstaltungen die Integration der betroffenen Kinder mit ihren Eltern wesentlich fördern.

Verpflichtende Deutschkurse vor Schulbeginn

5. Verbesserung der Diagnosefähigkeit und stärkere Gewichtung der Schullaufbahneempfehlungen

Eine verlässliche Diagnose ist die Voraussetzung dafür, dass Schüler der nachfolgenden Schulform leistungs- und anforderungsgerecht zugeführt werden. Das schont Ressourcen und fördert Unterrichtsqualität ebenso wie den individuellen Lernerfolg. Voraussetzung dafür ist auch, dass die Lehrkräfte entsprechend aus- und fortgebildet werden. Begabungen müssen früh erkannt und individuell gefördert werden.

Aufwertung der Schullaufbahneempfehlungen durch klar definierte Kriterien, eine ganzheitliche Betrachtungsweise der Persönlichkeit des Kindes und eine intensive Kommunikation mit den Eltern

Die nach der Grundschulzeit ausgesprochenen Schullaufbahneempfehlungen stellen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Weichenstellung für die schulische Zukunft eines jeden Jugendlichen dar. Deshalb müssen sie einen höheren Stellenwert und eine stärkere Verbindlichkeit erhalten und sollten sich an den folgenden Kriterien orientieren:

1. Für jede weiterführende Schulart wird ein klares Notenprofil beschrieben, wobei Leistungsschwächen oder Defizite in bestimmten Fächern nur unter Berücksichtigung ihrer Ursachen in die Empfehlung bzw. Nicht-Empfehlung für eine Schulform einfließen sollten.
2. Während der gesamten Grundschulzeit wird die individuelle

Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler kontinuierlich beobachtet und in einer Dokumentation für jeden Schüler fortgeschrieben.

3. In den Zeugnissen und in der Dokumentation zur Lernentwicklung werden auch Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten der Schülerin/des Schülers festgehalten.
4. Eine kontinuierliche Kommunikation sowohl mit den Eltern und Schülern als auch innerhalb des Lehrerkollegiums ist unerlässlich, um mögliche Differenzen in der Einschätzung der Schülerin/des Schülers frühzeitig zu klären und nicht beachtete Aspekte (z. B. entscheidende familiäre Ereignisse) in der Schullaufbahnpflichtung zu berücksichtigen und gemeinsam zu einer verbindlichen Empfehlung zu gelangen.

6. Verzahnung von Grundschulen und weiterführenden Schulen

Grundschulen und weiterführende Schulen sollten im Sinne der Schüler und ihrer Entwicklung enger miteinander verzahnt werden. Die weiterführenden Schulen müssen in die Lage versetzt werden, sich ihre Schüler auf der Basis von Eingangstests zumindest in bestimmten Anteilen selbst aussuchen zu dürfen. Zudem würde dadurch erreicht werden, dass sich alle Schulformen in Deutschland wieder mehr auf das bewährte positive Leistungsprinzip besinnen.

Rückbesinnung auf das Prinzip der Leistung

7. Einführung einer Schulabgängerumfrage

Es sollte eine verbindliche Abgängerumfrage eingeführt werden, die aufzeigt, wie viele Schüler der weiterführenden Schulen dort bis zum Abschluss verbleiben und wo sie danach einmünden: in Ausbildung, in Arbeit, in Studium, in neue Schulformen, in Maßnahmen?

Verbleib innerhalb und nach der Schulzeit erfassen

8. Schule und Eltern

Das Interesse der Eltern am Schulerfolg ihrer Kinder muss bereits in der Grundschule eingefordert werden. Wir brauchen eine neue institutionelle Verankerung der Kontakte zwischen Schule und Eltern, um diese nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Dazu schlagen wir vor, ab der Grundschule im halbjährigen Abstand institutionalisierte Laufbahngespräche zwischen Eltern und Lehrern festzuschreiben. In diesen Gesprächen sollen die Ziele und die Aufgaben der Eltern und die der Schule besprochen und dokumentiert werden.

Institutionalisierung der Kontakte zwischen Schule und Eltern

9. Einführung von Regelabitur nach zwölf Jahren, Zentralabitur und Fünf-Fächer-Abitur

Die Entscheidung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, das Abitur künftig nach 12 Jahren zu ermöglichen, ist richtig, allerdings

sollte die Einführung des 12-jährigen Abiturs in dieser Legislaturperiode nicht nur auf 15 Modell-Ganztagsgymnasien beschränkt werden. Statt Chancengleichheit und die Förderung einer neuen Lernkultur setzt die Landesregierung damit auf das Zufallsprinzip. Wer zufällig in der Nähe eines G8-Gymnasiums wohnt, wird die Möglichkeit haben, das Abitur nach 12 Jahren ablegen zu können. Wer keine Angebote wohnortnah vorfindet, wird sich im Vergleich zu den übrigen Bundesländern weiter mit der rheinland-pfälzischen Insellösung zufrieden geben müssen. Schließlich werden damit - auf dem Rücken der Schüler - Probleme beim Schulwechsel von und zu G8-Gymnasien erzeugt.

Einhergehend mit der Einführung des G8-Gymnasiums in Ganztagsform zur Verbesserung der Ausgangs- und Wettbewerbssituation deutscher Abiturienten im internationalen Vergleich muss das Abitur eine Stärkung erfahren. Es muss gewährleistet sein, dass abgehende Abiturienten über die Studierfähigkeit verfügen und hinreichend auf selbstständiges wissenschaftliches Arbeiten und das Lesen wissenschaftlicher Texte vorbereitet sind. Hierfür ist die Einführung eines landesweiten Zentralabiturs unerlässlich, allein schon deshalb, weil sich die übrigen 15 Bundesländer bereits zu diesem Schritt entschlossen haben. Auch garantiert diese Form der Prüfung mehr Gerechtigkeit und Objektivität und setzt fachliche Breite statt enge Spezialisierung voraus. Eine wirkliche Transparenz und damit Vergleichbarkeit der Qualität des Wissens der Schulabgänger wird sich aber erst auf Basis der Einführung eines bundesweiten Zentralabiturs mit gleichen Prüfungsfragen und gleichen Bewertungsmaßstäben ergeben.

Gymnasien durch zentrale Abiturprüfungen stärken

Gleichermaßen schließen sich die IHKs der Forderung an, die der Hochschulverband bereits Mitte der 80er Jahre gestellt und mit Werner Heldmanns Studie „Studierfähigkeit“ untermauert hat: die Einführung eines Fünf-Fächer Abiturs mit Deutsch, mindestens einer Fremdsprache, Mathematik, mindestens einer Naturwissenschaft und Geschichte als Pflichtprüfungs-Fächer. Ein derartiges Fünf-Fächer-Abitur mit einem hohen Verbindlichkeitsgrad der Prüfungsfächer brächte mehr Breite in der studienvorbereitenden Grundbildung mit sich.

Fünf-Fächer-Abitur mit hohem Verbindlichkeitsgrad der Prüfungsfächer

10. Handlungskompetenz stärken

Die Kultur der Anstrengung führt zum Erfolg!

Handlungskompetenz ist der zentrale und richtungsweisende Schlüsselbegriff für das Unterrichtsziel. Die Schule soll unsere Schüler zu anforderungsgerechtem Handeln in verschiedensten Arbeitssituationen in der betrieblichen Praxis befähigen. Außerdem soll den jungen Menschen eine ethische und moralische Orientierung für ihr weiteres Leben eröffnet/vermittelt werden.

Handlungskompetenz als Unterrichtsziel

Die Öffnung der Schulen beginnt nicht damit, dass eine Klassentür

aufgemacht wird; die Öffnung muss im Kopf beginnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Unterrichtsformen in den Schulen den neuen Anforderungen in der Praxis anzupassen. Der herkömmliche Frontalunterricht ist durch moderne Lehr-Lernformen zu ergänzen. So können zum Beispiel symbolisch repräsentierte Aufgabensituationen (Textaufgaben oder Fallstudien), simulierte Aufgabensituationen (Planspiele, Lernbüros, Übungsfirmen) oder bestenfalls sogar authentische Aufgabensituationen (Juniorenfirmen) eingesetzt werden. Um die Teamfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu fördern, sollten Partner- und Gruppenarbeiten durch entsprechende Aufgaben im Unterricht integriert werden.

Handlungsorientierte Lehr-Lernformen einsetzen

Bei der Aufgabenstellung ist von Seiten der Lehrkräfte auf die Vollständigkeit des Handlungszyklusses zu achten: Zielstellende, planende, ausführende und kontrollierende/bewertende Handlungsteile sollten gleichzeitig in einer Aufgabe vorhanden sein, um so die Komplexität der Praxis in der Schule widerzuspiegeln. Die Fähigkeit, Transferleistungen erbringen zu können, ist zu fördern. „Träges Wissen“, welches dazu führt, dass die Jugendlichen nur konkret vorgegebene und detailliert beschriebene Handlungsabläufe ausführen können, ist zu vermeiden.

Auf einen vollständigen Handlungszyklus achten

11. Notwendigkeit von Fremdsprachenkenntnissen

Das Zeitalter der Globalisierung und der Internationalisierung bringt auch für unsere Schulen bedeutenden Veränderungsbedarf mit sich. So ist das Erlernen einer Fremdsprache schon seit langer Zeit ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung. Durch die europäische Integration und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt haben Fremdsprachenkenntnisse weiter an Bedeutung gewonnen.

Früher Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen unverzichtbar

Die IHKs fordern, die Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts zu einer zentralen Aufgabe der Schule zu machen und sprechen sich insbesondere für den frühen Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen aus. Das Angebot bilingualer Schulen ist zügig auszubauen. Hinzukommen muss die gezielte Förderung der interkulturellen Kompetenz unserer Schüler sowie die Vermittlung von Kenntnissen und Einsichten in die Mentalität, in Denkweisen, in Normen und in die Kultur unserer Nachbarländer.

Förderung der interkulturellen Kompetenz

12. Vermittlung ökonomischer Bildung

Ohne Wissen um wirtschaftliche Abläufe und deren Bedingungen können viele Vorgänge und Sachverhalte in unserem täglichen Zusammenleben weder verstanden noch gestaltet werden. Die langjährigen Erfahrungen vieler Unternehmen belegen die mangelnden Grundkenntnisse von Schulabsolventen in wirtschaftlichen Themenfeldern. Selbst einfache Zusammenhänge, die betriebliche Funktionen oder die soziale Marktwirtschaft beschreiben, sind oftmals nicht

Ausweitung der ökonomischen Bildung

bekannt. Die Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern hat sich daher bereits mehrfach für eine Ausweitung der ökonomischen Bildung an Schulen ausgesprochen. Ökonomische Bildung muss Bestandteil moderner Allgemeinbildung sein und in den Unterricht der allgemein bildenden Schulen integriert werden. Auch die Landesregierung bekennt sich in den veröffentlichten „Richtlinien zur Ökonomischen Bildung“ klar zur intensiveren Verankerung ökonomischer Bildungsinhalte, was wir ausdrücklich begrüßen. Allerdings halten wir die Umsetzung in der Praxis nach wie vor für unzureichend. So muss als Konsequenz nun auch im nächsten Schritt eine zügige Verankerung dieser didaktisch-methodischen Überlegungen in den Lehrplänen der einzelnen Schulen erfolgen.

Nach wie vor fordern die rheinland-pfälzischen IHKs, Ökonomie als eigenständiges Fach zu implementieren. Die entsprechenden Lehrkräfte sind zielgerichtet aus- und fortzubilden. Dies kann nach Auffassung der IHKs nur dann sichergestellt werden, wenn Ökonomie den Rang eines eigenständigen Fachs erhält und nicht mehr fächerübergreifend vermittelt werden soll.

Ökonomie als eigenständiges Fach implementieren

Ziel ist eine neue Qualität des Lernens und eine enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Besonders im Fach Ökonomie können handlungsorientierte Lehr-Lernformen (wie Fallstudien, Planspiele, Lernbüros oder Juniorenfirmen) effektiv eingesetzt werden.

Aufgabe der Wirtschaft ist es, den Schülern zu helfen, sich mit den Strukturen der Arbeits- und Wirtschaftswelt auseinander zu setzen. Auf die Möglichkeit von Betriebsbesichtigungen, wirtschaftsbezogene Projektarbeiten, Expertenbefragungen oder Betriebspraktika zum Erlernen wirtschaftlicher Zusammenhänge sei verwiesen. So soll hier beispielhaft genannt werden: Der Aktionstag B.O.S.S. (Berufliche Orientierung: Schüler als Selbstständige) sowie der bundesweite Schulwettbewerb "Fit for Job" der Wirtschaftsjuvenen Deutschland zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit.

Diese Angebote der Betriebe zur Erlangung von ökonomischem Verständnis sollten von den Schulen und den Lehrern in verstärktem Maße genutzt werden. Die Kammern bieten hier selbstverständlich ihre Hilfe, Vermittlung und Beratung an. Auch können zu unterschiedlichen Themen (wie zum Beispiel "Europa – Herausforderung und Chance") Fachvorträge organisiert werden.

13. Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts

Im Zuge des strukturellen Wandels zur Wissens- und Informationsgesellschaft wird unser Leben zunehmend naturwissenschaftlich-technisch bestimmt. Der Fachkräftemangel in den naturwissenschaftlichen und technischen Berufen wird sich weiter verstärken. Die allgemein bildenden Schulen stehen vor der Herausforderung,

Naturwissenschaftliches Interesse wecken

den Unterricht in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern dringend zu verbessern und die Motivation der Schülerinnen und Schüler für dieses Berufsfeld zu erhöhen. Dazu bedarf es einer modernen Methodik und Didaktik, die mehr Anschaulichkeit, Anwendungsbezug und Experimentiermöglichkeit einräumt. Der Einsatz moderner Lehr-Lernformen (Fallstudien, Planspiele) bietet sich besonders an.

Da die Schulen diese Herausforderung zumeist nicht allein schultern können - auch hinsichtlich der notwendigen Anschaffungen und damit verbundenen Investitionskosten, ist der Aufbau eines Netzwerks zwischen Schulen, Schulträgern, Hochschulen und Unternehmen anzustreben. Durch gegenseitige Unterstützung in einer Kooperation können dadurch effektivere und bessere Lernumgebungen geschaffen werden.

Initiativen und das Engagement von Unternehmen bieten hoffnungsvolle Ansätze, wieder stärker das naturwissenschaftliche Interesse der Jugendlichen zu wecken. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang, inwieweit die Lehrerqualifikation den modernen Anforderungen der Wirtschaft entspricht. Im Bedarfsfall sind bestehende Lehrerlücken mit entsprechenden qualifizierten Quereinsteigern zu schließen.

14. Vermittlung von informationstechnischer Grundbildung

Der Umgang mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie wird immer mehr eine selbstverständliche Notwendigkeit und entwickelt sich zu einer elementaren Kulturtechnik. Schon in der Grundschule ist mit der Vermittlung informationstechnischer Grundbildung zu beginnen, um unterschiedliche Fördermöglichkeiten in den Elternhäusern auszugleichen.

Es wird begrüßt, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung große Anstrengungen unternommen hat, um die Ausstattung der Schulen mit neuen Medien zu verbessern. Dabei sollte sichergestellt werden, dass die finanzielle Förderung der Schulen nach Maßgabe von Konzepten und deren Qualität erfolgt und nicht nach dem Gießkannenprinzip. Die Freistellung der Lehrer für die Datenverarbeitung/Betreuung sollte gewährleistet und ein entsprechendes Budget eingeräumt werden.

Die Wirtschaft ist gefordert, bei der Ausstattung mitzuhelfen, entweder durch finanzielle Zuwendungen oder in Form direkter Sachausstattung in den Schulen vor Ort. Die IHKs bieten ihre Unterstützung an, Unternehmen zu motivieren, sich im Bereich der Schulkooperation zu beteiligen.

15. Realschule plus – Neue Struktur für bessere Ergebnisse?

Die Auswirkungen der Veränderungen der rheinland-pfälzischen Schulstruktur, die die Landesregierung mit ihrem neuen Konzept „Realschule plus“ vorgestellt hat, und das im Kern vorsieht, die Hauptschulen auf mittlere Sicht mit den bestehenden Realschulen, den Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen zur neuen Schulform Realschule plus zu verschmelzen, werden erst in den kommenden Jahren zu Tage treten.

Auswirkungen des neuen Konzeptes „Realschule plus“ ungewiss

Demographische Faktoren, das schlechte Image der Hauptschule und mitunter schwierige soziale Rahmenbedingungen erfordern neue Ideen und Konzepte. Eine reine Umetikettierung mit einem ansonsten „weiter so“ würde dem Ernst der Situation aber nicht genügen. Die angestrebte Ressourcenbündelung muss vielmehr zu einem deutlich qualitätsvolleren und individuell auf den einzelnen Jugendlichen abgestellten Lernen führen. Berufsorientierung und -vorbereitung müssen einen höheren und flächendeckenden Stellenwert gewinnen. In diesem Kontext sollte auch endlich eine stärkere Übertragung von Kompetenzen in Richtung der Selbstverwaltung der Schulen angegangen werden.

Ob die neue Schulform die dringend notwendige qualitative Verbesserung der Förderung leistungsschwacher Jugendlicher beinhaltet, ist offen. Bislang wird die Realschule plus fast ausschließlich unter dem Aspekt der Aufstiegsorientierung diskutiert. Die Probleme, die viele Hauptschüler haben, seien es soziale oder Lernprobleme, werden durch die neue Schulform nicht beseitigt. Vielmehr steht zu befürchten, dass sich die bislang relativ gut funktionierenden Realschulen ehemaliger Hauptschüler annehmen müssen, die ihre Probleme mit in die Realschule hineintragen. Es ist angedacht, für Schüler, die die 9. Klasse nicht schaffen, eine sog. „Wiederholer-Klasse“ einzurichten. In dieser sollen die schwachen Schüler individuelle Fördermöglichkeiten erfahren. Aus Sicht der Wirtschaft wäre es notwendig, bereits im Vorfeld, am Besten ab der Grundschule, aber spätestens ab der 5. Klasse, Problemfelder zu erkennen und diese mit individuellen Lösungsansätzen für jeden Jugendlichen zu beseitigen.

Kritisch sieht die Wirtschaft auch die Entwicklung an den berufsbildenden Schulen, die neben der Berufsschule eine Vielzahl weiterer Bildungsgänge anbieten, die ebenfalls aufstiegsorientiert sind, wie z. B. Berufsfachschulen, Höhere Berufsfachschulen, aber auch stark in der Berufsvorbereitung tätig sind. Die Fortführung dieser etablierten Schulformen steht bei der Umsetzung Realschule plus zur Disposition. Es ist heute noch unklar, wie sich die Schülerströme entwickeln werden. Es ist zu vermuten, dass leistungsstärkere Jugendliche die 12. Klasse (Fachhochschulreife) absolvieren werden. Zu befürchten ist, dass vor dem Hintergrund des Zieles einer deut-

lich steigenden Abiturientenquote nur noch den eher praktisch begabten und leistungsschwächeren Jugendlichen der Weg in die berufliche Ausbildung gewiesen wird.

Im Ergebnis wird sich die neue Schulform daran messen lassen müssen – unabhängig von der Strukturreform -, ob sie es schafft, Schüler wirklich ausbildungsfähig und damit „fit für das (Berufs-) Leben“ zu machen, die Schulabbrecherquote mindestens zu halbieren und mit dieser Schulform in die Spitzengruppe der Pilsaländer in Deutschland aufzusteigen. Die IHKs Rheinland-Pfalz werden den Erfolg des Konzepts anhand klarer Indikatoren wie schulpädagogische Ausstattung, Förderung der leistungsstarken und praktisch begabten Schüler sowie Qualität des Schulabschlusses bewerten.

16. Einführung von Ganztagsunterricht in den Hauptschulen

Die IHKs begrüßen ausdrücklich die Bemühungen der Landesregierung, ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen aufzubauen. Um die Hauptschulen (mittelfristig unter dem Dach der „Realschule plus“) zu fördern, stellt die Umwandlung dieser Schulform zur Ganztagschule das zentrale Element dar. So könnte dem Abwärtstrend der Hauptschule wirksam begegnet werden.

Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen aufbauen

Die Wirtschaft bietet ihre Unterstützung bei dieser wichtigen Aufgabe an. Die zusätzliche Unterrichtszeit sollte grundsätzlich von pädagogisch qualifizierten Kräften begleitet und für ein übendes oder wiederholendes Lernen sowie für Projekt- und Gruppenarbeit zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen genutzt werden. Die Ganztagsangebote werden über die Förderung der Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler hinaus vielen Eltern die Gelegenheit geben, besser als bisher Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Durch die Förderung im Rahmen der Ganztagschule mit anspruchsvollen Programmen und Lerninhalten würden sich die schulischen und beruflichen Anschlussmöglichkeiten für die Schülerschaft wesentlich verbessern.

Chance für die Hauptschule

17. Stärkung der Selbständigkeit der Schulen

Die Schulen sind durch eine weitere Übertragung von Verantwortlichkeiten und Entscheidungen in pädagogischen, personellen, organisatorischen und finanziellen Fragen zu stärken. Mehr Selbstständigkeit versetzt Schulen in die Lage, auf veränderte Lernvoraussetzungen und gesellschaftliche Anforderungen pädagogisch besser reagieren zu können. Sie ist aber auch Voraussetzung dafür, die Qualität von Unterricht und Erziehung zu sichern, weiter zu entwickeln und dabei regionale Gegebenheiten zu berücksichtigen. Ein wichtiges Instrument zur Ausgestaltung eines erweiterten Freiraumes ist die Erarbeitung eines Schulleitbildes und die Entwicklung eines Schulprogramms. Wir fordern die Landesregierung auf dafür zu sorgen, dass die Schulprofile untereinander abgestimmt und an

Mehr Selbständigkeit für die Schule

vorgegebenen Qualitätsstandards ausgerichtet werden. Synergien der Schulen untereinander sollten verstärkt werden, um Erfahrungen bei der Umsetzung der Qualitätsstandards als beste Praktiken auszutauschen.

Sicherung der Unterrichtsqualität durch Aufbau von Qualitätsstandards

Die Übertragung von mehr Selbständigkeit und mehr Verantwortung auf die Schule stellt gleichzeitig höhere Anforderungen an die Schulleitungen. Dreh- und Angelpunkt bei der Umsetzung und Einführung von Reformen ist jedoch der Schulleiter. Zunehmend sind Managementqualitäten von Schulleitern gefordert, deren Entwicklung ebenfalls von der Landesregierung sichergestellt werden muss. Viele Schulleiter haben diesen Rollenwechsel noch nicht vollzogen. Gleichzeitig fehlen ihnen die Ausbildung und die Zeit. Bislang ist die Landesregierung Antworten schuldig geblieben, wie diese Qualifikationen vermittelt und ausgebaut werden sollen.

Schulleiter mit Managementqualitäten und weitreichenden Entscheidungskompetenzen

18. Kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf

Es existiert eine Vielzahl an Projekten zur Förderung und Integration Jugendlicher in Ausbildung und Beruf. Sie stehen aber vielfach unverbunden und teilweise in Konkurrenz zueinander. Diesem breiten Portfolio teilweise erfolgreicher Einzelprojekte weitere hinzuzufügen, erhöht nicht deutlich die Wirksamkeit beim Übergang.

Nachhaltige Integration durch kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf

Wirksamer und wirtschaftlicher ist es, den Prozess des Übergangs unter Beteiligung der relevanten Akteure kontinuierlich, zielgerichteter und damit erfolgreicher zu managen. Wirksamer und wirtschaftlicher ist es auch, frühzeitiger zu beginnen und im Sinne der Prävention (ab Hauptschule Klasse 7) das Einmünden in öffentlich geförderte Maßnahmen mit hohen Folgekosten zu vermeiden. Dabei sollten weniger die Defizite der jungen Menschen, sondern vielmehr die Identifizierung und Förderung ihrer Stärken und Interessen im Mittelpunkt stehen. An diesen können sie ihre berufliche Orientierung und entsprechend ihre schulische Entwicklung ausrichten. Wirksam und wirtschaftlich ist ein strategischer und vernetzter Ansatz, der auf die individuellen Bedarfe passgenau ausgerichtete Unterstützungsangebote vermittelt und dabei die wirksamen Unterstützungsbau- steine in einem abgestimmten Prozess des kooperativen Übergangsmanagements zusammenführt.

Um den Übergang von der Schule in den Beruf zu optimieren, ist es daher erforderlich, alle Akteure, die an dieser Schnittstelle direkt (Schulen, Agenturen für Arbeit, Unternehmen) oder indirekt (u. a. Kommunen, ARGEN, Familien, Träger, Kammern, Verbände und Gewerkschaften, etc.) beteiligt sind, miteinander zu verzahnen, wie dies zum Beispiel in der Metropolregion Rhein-Neckar im Rahmen des Modellprojektes „Nachhaltige Integration durch kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf (KÜM)“ praktiziert wird. Die rheinland-pfälzischen IHKs sind bereit, sich an der Entwicklung solcher Netzwerke aktiv zu beteiligen.

II. BERUFSBILDENDE SCHULEN

Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgssystem. Sie funktioniert nach dem Berufsprinzip und führt dem Arbeitsmarkt anforderungsgerecht qualifizierte Fachkräfte zu, integriert junge Menschen in das Berufs- und Arbeitsleben und legt den Grundstein für das berufliche Fortkommen. Nur wer lebenslang lernt, sichert seinen Arbeitsplatz! Jetzt kommt es darauf an, das System durch Modernisierung für die Zukunft fit zu machen. Modernisierung heißt mehr Differenzierung und Flexibilisierung. Die IHK-Organisation hat dazu mit dem Modell „Dual mit Wahl“ entsprechende Vorschläge unterbreitet (siehe www.dihk.de/inhalt/download/reformmodell.pdf).

Die Modernisierung muss gleichermaßen für Inhalte, Methoden, Ausbildungsformen und Prüfungen gelten. Neue Berufsstrukturen entsprechen gleichermaßen dem Bedarf kleiner, mittlerer und großer Unternehmen und sollten es ermöglichen, auch bildungsschwächere bzw. praktisch begabte Jugendliche besser als bisher in eine berufliche Ausbildung zu führen. Die Modernisierung kann nur gelingen, wenn sich auch der Partner Berufsschule weiterentwickelt. Die IHK zeigt dafür folgende Eckwerte auf:

Modernisierung der
Berufsschulstrukturen

1. Vorrang für die duale Ausbildung

Staatlich finanzierte Schulen müssen ein Pflichtprogramm bereithalten. Hierzu gehört es, die Teilzeit-Berufsschule im Rahmen des dualen Systems den Veränderungen in der betrieblichen Ausbildung anzupassen. Erfahrungen zeigen, dass dies schwer genug fällt. Die Kür in Form von eigenständigen, vollzeitschulischen Angeboten hat allzu oft Priorität.

Teilzeit-Berufsschule
muss Priorität haben

Auch die Chance zur Gewinnung von Einnahmen in Konkurrenz zur regionalen Wirtschaft rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt der schulischen Aktivitäten. Notwendig ist deshalb eine klare Prioritätensetzung für die Teilzeit-Berufsschule als Partner der betrieblichen Ausbildung.

2. Gemeinsame Vereinbarung von Kammern und Landesregierung zur Umsetzung des Berufsbildungsreformgesetzes in Rheinland-Pfalz

Die Unterzeichner dieser Vereinbarung sind bereit, die durch das Berufsbildungsgesetz eröffneten Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz von Bildungswegen zeitnah umzusetzen. Im Rahmen der Vereinbarung sollen befristete Modelle erprobt bzw. weiterentwickelt werden, die, unter Beachtung des Primats der dualen Ausbildung, zu einer besseren Verzahnung von vollzeitschulischen Bildungsgängen mit der dualen Ausbildung führen.

Vereinbarung zur Umsetzung des BBiG – Erprobung und Evaluierung vor weiterer Öffnung

Die schulisch relevanten Bildungsgänge werden enger am dualen

System ausgerichtet bzw. so strukturiert (Lernfeldorientierung), dass sie sich stärker an den Berufsbildern nach BBIG orientieren und es den Jugendlichen ermöglichen, so früh und so weit wie möglich praktische Erfahrungen in Betrieben zu sammeln. Die Verknüpfung zwischen schulischem und betrieblichem Kompetenzerwerb ist so anzulegen, dass ein Übertritt in die Berufs- und Arbeitswelt möglichst reibungslos erfolgt. Diese Modelle werden bis 2011 befristet und evaluiert.

3. Stärkung der Kundenorientierung

Die berufsbildenden Schulen stehen im Wandel hin zu Dienstleistungseinrichtungen für Schüler, Eltern und Ausbildungsbetriebe. Von großer Bedeutung ist dabei die Ausweitung des Angebots für erwachsene Auszubildende mit überwiegend mittlerem oder höherem Schulabschluss. Dieser zunehmend heterogenen Klientel müssen die berufsbildenden Schulen mit einer stärkeren Differenzierung ihres Angebots gegenüberreten. Dabei ist zu prüfen, inwieweit es erforderlich und angemessen ist, dass Erwachsene mit mittlerem oder höherem Bildungsabschluss rund 1/3 ihrer Berufsschulzeit mit der Aneignung allgemein bildender Inhalte verbringen müssen. Der so gewonnene Freiraum sollte für die Vermittlung von Zusatzqualifikationen wie Fremdsprachen genutzt werden.

Berufsschulangebot muss stärker differenziert werden

Stärkere Kundenorientierung verlangt auch eine flexible Unterrichtsorganisation in enger Absprache mit den Ausbildungsbetrieben. In diese Richtung zielt auch die erfolgte Abstimmung mit dem Bildungsministerium, die Einrichtung und Bildung von Fachklassen an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz entsprechend flächendeckend zu organisieren. Dabei sollten Unterrichtstage, ob in Teilzeit- oder Blockform, stets über den vollen Tag genutzt werden. Den Berufsschulen sollte es freigestellt werden, sich vom starren Unterrichtsstudentag zu lösen.

Unterrichtstage sind stets über den vollen Tag zu nutzen

Ebenso sollte eine flexible Verteilung des Berufsschulunterrichts auf die Ausbildungsjahre in Abstimmung mit den Betrieben möglich sein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Interessen aller Betriebe – nicht nur die der Industrieunternehmen, die eine Vielzahl von Auszubildenden einstellen – berücksichtigt werden.

Schließlich steht das Flächenland Rheinland-Pfalz angesichts des demografisch bedingten absehbaren Rückgangs an Auszubildenden zunehmend vor der Schwierigkeit, ortsnahe Fachklassen einzurichten. Dabei gilt, dass die Bildung und Zusammenfassung von spezialisierten Fachklassen im Grundsatz Vorrang vor einer ortsnahen Beschulung in Sammelklassen haben sollte. Um die finanziellen Folgen für die Jugendlichen und Betriebe abzufedern, sollte das Land Zuschüsse für den Besuch auswärtiger Fachklassen übernehmen.

Zuschüsse für den Besuch auswärtiger Berufsschulfachklassen

III. LEHRERAUS- UND –FORTBILDUNG

Lehrkräften kommt eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung unserer Schulen zu. Sie tragen entscheidend zur Qualität der Schulen bei und sind maßgeblich für den Lernerfolg der Schüler verantwortlich. Fachwissen und pädagogische Qualifikation, psychologische Fähigkeiten und Stressresistenz sind für diesen Erfolg entscheidend. Die im Jahr 2003 beschlossene Reform der Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz weist zwar mit ihren Strukturmerkmalen in die richtige Richtung, Erfahrungen zur Umsetzung liegen allerdings noch nicht vor.

1. Methodisch-didaktische Kompetenz stärken

Im Mittelpunkt der Reform der Lehrerausbildung und -fortbildung muss die Verbesserung der pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten der Lehrer und die Anleitung, das Lernen zu lehren, stehen. Die Fähigkeit zur Problemlösung, der Anwendung von Wissen und insbesondere zur Diagnosefähigkeit der individuellen Leistungsfähigkeit der Schüler – ein Hauptmangel deutscher Lehrer laut PISA-Studie – sollten dabei den Schwerpunkt bilden. Nur wenn die Lehrer rechtzeitig die Begabungen der Schüler differenziert wahrnehmen, können diese auch entsprechend berücksichtigt und schwächere und stärkere Schüler unterstützt bzw. besonders gefördert werden. Zu diesem Zweck sollten obligatorisch diagnostische Lernberichte erstellt werden. Das Reformkonzept enthält hierzu leider keine aussagekräftigen Vorschläge.

Pädagogisch-didaktische Fähigkeiten der Lehrer verbessern

Durch die beschriebenen handlungsorientierten Lehr-Lernformen soll „träges Wissen“ bei unseren Schülerinnen und Schülern vermieden werden. Gerade an beruflichen Vollzeitschulen spielt Handlungskompetenz eine entscheidende Rolle.

2. Verlässlichkeit in der Fortbildung

Bisher ist die Lehrerfortbildung der Unverbindlichkeit und Neigungsorientierung anheim gestellt. Die Praxis geht von einem unspezifischen Bedarf an lebenslangem Lernen aus. In einer Zeit, in der die Halbwertszeit des einmal erworbenen Wissens immer kürzer wird, muss die Lehrerfortbildung verbindlich werden. Die Lehrerfortbildung darf nicht eine wesentliche Privatangelegenheit der Lehrkraft bleiben, sondern muss von Grund auf neu organisiert werden.

Pflicht zu regelmäßigen Fortbildungen für Lehrer einführen

Die Schule muss im Rahmen ihrer hinzugewonnenen Autonomie in der Lage sein, Bildungsleistungen frei einzukaufen (über Budgets) und z. B. die individuelle Zertifizierung (Personalzertifizierung) bestimmter Kompetenzen in einer Gruppe zu fördern. Diese Teams könnten jährlich festlegen, welche Mitglieder welche Kompetenzen (Beispiele: DV-Anwendung, Präsentationstechnik, Sprache/Rhetorik etc.) erwerben sollen. Wenngleich positive Anreize besser motivieren, wäre in einem weiteren Schritt daran zu denken, die Schullei-

Lehrerfortbildung in die Hände der Schulen geben

tung mit mehr Autorität auszustatten und auch die Möglichkeit zu geben, negative Sanktionen auszuüben. Die Pflicht zur regelmäßigen Fortbildung muss als Qualitätsstandard verankert werden; nicht zuletzt deswegen, damit das Beschäftigungs- und das Bildungssystem miteinander verknüpft werden und das Bildungssystem wichtige Entwicklungen der Arbeitswelt aufnimmt (Einführung von DV, Projektarbeit und –Projektorganisation etc.).

3. Verbesserung von Führung und Motivation

Zur Professionalisierung des Lehrerberufs gehört insbesondere auch die systematische Selbstreflexion auf die eigene Tätigkeit. Beratung und Beurteilung der eigenen pädagogischen Leistung ist der Schlüssel zur persönlichen Weiterentwicklung der Lehrkräfte und der Qualität ihrer Schule. Die Schulleitung ist durch systematische Schulung mit dem Instrumentarium moderner Personalführung vertraut zu machen. Dazu gehören regelmäßige Mitarbeitergespräche, Förderung und Unterstützung in der Weiterentwicklung des Lehrers, Team- und Projektarbeit und Führen durch Zielvereinbarungen. Auch hier kann sich die Schule des Erfahrungsschatzes der Wirtschaft bedienen.

Personalführung modernisieren

Zur Stärkung der Motivation sind nicht nur monetäre Anreize zu berücksichtigen. Auch eine Förderung der Mobilität, der Wechsel zwischen Schule und Wirtschaft und zurück kann mit Umstiegs- und Aufstiegschancen verbunden werden.

IV. SELBSTVERWALTUNG DER SCHULEN

Ein flächendeckendes Angebot an allen Schulabschlüssen in zumutbarer Entfernung ist unverzichtbar. Über diese Mindestversorgung hinaus brauchen wir jedoch Wettbewerb zwischen den Schulen. Dieser kann allerdings nur die gewünschte Verbesserung bringen, wenn die Schulen mit dem Wettbewerb auch über ein höheres Maß an Selbstverwaltung verfügen. Mehr Eigenverantwortung und damit auch Gestaltungsfreiheit verträgt sich nicht mit den starren Regeln des öffentlichen Dienstrechts. Die bisherige Trennung zwischen Arbeitgeber (Land) einerseits und direktem Vorgesetzten (Schulleitung) andererseits muss zugunsten des Schulleiters aufgegeben werden. Die Schulen müssen selbstständig über die Einstellung, Beförderung und auch Entlassung von Lehrkräften entscheiden dürfen. Natürlich gehört dazu auch die Möglichkeit, monetäre und nichtmonetäre (Freistunden etc.) Anreize geben zu dürfen.

Wettbewerb zwischen Schulen ermöglichen

Schulen im Wettbewerb entwickeln sich von Angebotsmonopolen hin zu nachfragegerechten Bildungseinrichtungen mit spezifischen, am regionalen Bedarf orientierten Angeboten. Dazu gehört in letzter Konsequenz auch das Recht, dass die Schulen sich ihre Schüler (Kunden) in stärkerem Maß als bisher aussuchen dürfen, z. B. durch Eingangstests, Auswahlverfahren etc. Schule sollte nicht nur als Pflicht, sondern vorrangig als Recht verstanden werden.

Schule sollte als Recht verstanden werden, nicht als lästige Pflicht

Die Schule als regionales Bildungszentrum könnte folgendes Aussehen haben:

- Die Schulleitung entscheidet selbstständig über Ausschreibungen, Beförderungen und positive wie negative Sanktionen. Damit verbunden werden Lehrer auch nicht mehr für Unterrichtsstunden entlohnt, sondern erhalten eine leistungsorientierte Vergütung, die sich u. a. an der erfolgreichen Vermittlung bestimmter vorgegebener Inhalte misst (Zielvereinbarungen).
- Die Schule entscheidet im Rahmen ihres Auftrags weitestmöglich über die Schulangebote und Schulabschlüsse, die sie nach erfolgreicher Akkreditierung durch eine externe, neutrale und professionelle Agentur anbieten will (siehe Punkt VI: Qualitätsmanagement/Qualitätssicherung).
- Die Schule darf Dienstleistungen (z. B. DV-Betreuung) nach ihrer Wahl einkaufen und verfügt hierfür über entsprechende Budgets. Alternativ können Unterrichtsstunden (bis zu einer vorgegebenen Obergrenze) angerechnet werden; die Entscheidung hierüber kann die Schule eigenverantwortlich treffen.

Leistungsorientierte Vergütung für Lehrer einführen

Schulen entscheiden selbst über ihre Angebote und Abschlüsse

- Die Schule kann bei der Organisation des Unterrichts neue Wege gehen und z. B. bei der Stoffvermittlung die übliche Stundeneinteilung zugunsten von Projektarbeit oder anderen Organisationsformen auflösen. Damit einher geht auch eine bessere individuelle Förderung in gruppendifferenzierendem Unterricht (Freiheit des pädagogischen Konzepts). Neue Unterrichtsformen zulassen
- Engagierte Schulen sollen gefördert werden. Zu diesem Zweck wird ein Kennzahlenmanagement eingeführt, das (zum Teil bereits vorhandene) Daten wie z. B. Fehlzeiten der Schüler und der Lehrer, Unterrichtsausfall, erfolgreiche Elternbeteiligung etc. transparent macht und durch eine externe Agentur bewertet wird. Das Ranking wird durch die Agentur veröffentlicht und besonders gute Schulen werden „belohnt“. Die bisher bestehende Vermischung von disziplinarischer Verantwortung und Leistungskontrolle wird aufgehoben. Ranking von Schulen anhand von Kennzahlen einführen

V. QUALITÄTSMANAGEMENT/QUALITÄTS-SICHERUNG

Die mit mehr Selbstverwaltung ausgestatteten Schulen müssen sich verstärkt der Qualitätskontrolle stellen. Qualität von Schule wird bislang ausschließlich über Endkontrollen gemessen. Dafür stehen externe, internationale Vergleichstests und natürlich interne Kontrollen, die Abschlussnoten der Schulabgänger, zur Verfügung. Es fehlt bei dieser Vorgehensweise bislang aber ein Controlling, wie die Schule ihre Leistungen erbringt. Die dafür erforderlichen Daten (z. B. Fehlzeiten der Schüler, Unterrichtsausfall etc.) sind zum Teil vorhanden, werden aber nur selten systematisch ausgewertet und in konkrete Verbesserungen umgesetzt:

- Die Festlegung von verbindlichen Qualitätsstandards (Be-schluss zur Einführung ist von der KMK gefasst), die sich ab-leiten lassen aus den zentral erstellten, landes- bzw. besser bundesweit ab der 5. Klasse eingesetzten Prüfungsaufga-ben. Dazu gehören auch regelmäßige, flächendeckende Schulleistungstests.
- Die Verpflichtung der Schulen zur regelmäßigen Berichter-stattung über ihre Leistungen mittels sog. Rechenschaftsbe-richte. Diese Berichte sind zu veröffentlichen.
- Die Verantwortung der Schulen gegenüber der Region ist zu fördern, d. h. wir brauchen Wettbewerb zwischen einzelnen Schulen um die Aufnahme der Kinder. Eltern sollten bereits im Grundschulbereich über Wahlmöglichkeiten verfügen.
- Die Schule insgesamt, die Lehrer, die Lerninhalte und die Didaktik sollten regelmäßig evaluiert werden.

Verbindliches Prozess-controlling entwickeln und einführen

Bundesweite Qualitäts-standards einführen

Regelmäßige Evaluatio-nen durchführen

Die Einrichtung der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) in Rheinland-Pfalz ist ein er-ster Schritt, allerdings hätten wir uns hier die Einbeziehung von neut-ralen und unabhängigen Experten gewünscht. Nach der Pilotphase sollen jetzt alle Schulen nach einem Standardverfahren in Rhein-land-Pfalz aufgesucht und bewertet werden.

Einbeziehung von ex-ternen Fachleuten

Unsere Schulen und Lehrer müssen genauso im Wettbewerb ste-hen wie unsere Kinder.

AUSBLICK

Die Anforderungen an das Bildungssystem steigen. Ein hoher Bildungsstand ist die beste Voraussetzung für günstige Arbeitsmarktchancen des einzelnen Menschen. Der Bildungsstand hat somit großen Einfluss auf die technologische Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und auf die Attraktivität des „Standortes Deutschland“ für in- und ausländische Investoren. Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen gerät, ist es erforderlich, das Bildungspotenzial besser auszuschöpfen. Der nächste Innovationssprung ist nicht allein eine Frage der Technik, sondern wird im Wesentlichen eine Frage des Personals – also von gut ausgebildeten Fachkräften auf allen Ebenen - sein.

Qualitätsoffensive an
den Schulen beherzt
anpacken

Der bisher erreichte Stand ist noch nicht zufrieden stellend. Nur durch konsequente Reformen wird es uns gelingen, die wachsenden Herausforderungen zu meistern und die Bildungssysteme in Rheinland-Pfalz fit für die Zukunft zu machen. Dazu müssen politische Reformmaßnahmen an den Ursachen für Bildungsarmut ansetzen und den engen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Herkunft und Bildungserfolg aufbrechen. Die gemeinsame Förderung der fachlichen, persönlichen und sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler für eine gute Schul- und Ausbildungsreife sollte Grundlage der Zusammenarbeit sein. Die Industrie- und Handelskammern stehen der Landesregierung, Schulleitern, Lehrern, Eltern, Schülern und ihren Vertretungen als bewährter Partner zur Seite und bieten ihre Unterstützung an.

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz
Januar 2008

Herausgeber	Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz
Redaktion	Industrie- und Handelskammer zu Koblenz Schlossstr. 2, 56068 Koblenz Tel: 0261/106-0, Fax: 0261/106-234, E-Mail: service@koblenz.ihk.de
	Industrie- und Handelskammer für die Pfalz Ludwigsplatz 2-4, 67059 Ludwigshafen Tel: 0621/5904-0, Fax: 0621/5904-1214, E-Mail: info@pfalz.ihk24.de
	Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen Schillerplatz 7, 55116 Mainz Tel: 06131/262-0, Fax: 06131/262-1113, E-Mail: service@rheinessen.ihk24.de
	Industrie- und Handelskammer Trier Herzogenbuscher Str. 12, 54292 Trier Tel: 0651/9777-0, Fax: 0651/9777-105, E-Mail: infocenter@trier.ihk.de